

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

9.4.1930 (No. 85)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 2515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. K. K. u. d.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM, einj. 32,50 RM. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Zehntel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Betreibung, hat der Inhaber keine Ansprüche, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abstellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wirtschaftsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Einigung über das Agrarprogramm — aber nicht über die Steuern

In einer am Dienstag abgehaltenen Sitzung des Reichskabinetts wurde die Beratung des Agrarprogramms abgeschlossen. Die Verhandlungen haben zu einer völligen Einigung geführt. Die Agrarvorlagen sollen als Initiativanträge der Regierungsparteien im Reichstag erledigt werden. Die Reichstagsabstimmung soll bis Dienstag nächster Woche ausgedehnt werden.

Auch in einer Parteiführerbesprechung ist über das Agrarprogramm eine Einigung erzielt worden. Die definitive Entscheidung hängt jedoch von der Zustimmung der hinter der Regierung stehenden Parteien zur Deckungsvorlage der Regierung ab, insbesondere der Arbeitslosenversicherung und der Biersteuer. Die in der Regierung vertretenen Parteien wollen sich erst dann entscheiden, für das Agrarprogramm einzutreten, wenn eine Entscheidung über das Finanzprogramm herbeigeführt worden ist.

In der gestrigen Sitzung des Stenografen Ausschusses des Reichstags wurden die Tabaksteuern und die Mineralwassersteuer abgelehnt, und das Bildete nur das Beispiel zu dem wichtigeren Ereignis, das heute im Stenografen Ausschuss zu erwarten war, der Ablehnung der Biersteuererhöhung. Selbst wenn die Deutschnationalen und die Christlich-nationalen, die im Ausschuss sich auch schon gegen die Biersteuer ausgesprochen haben, geschlossen für diese eintreten würden, und wenn die Bayerische Volkspartei nebst dem Bayerischen Bauernbund sich der Stimme enthalten, die Wirtschaftspartei aber bei ihrer gleichfalls ablehnenden Haltung verbleibe, wäre die Biersteuer schon gefallen.

Die neuen Agrarzölle

Die wesentlichen Grundzüge des Gesetzes zum Schutze der Landwirtschaft sollen folgende sein:
Die Ermäßigungen für die wichtigen Zollmaßnahmen liegen bei der Gesamtheit des Kabinetts. Sie sind befristet bis zum 31. März 1930. In der Frage der Einfuhrzölle darf keine größere Belastung der Reichsstaatskasse entstehen, als im letzten Jahre. Bei Roggen bleibt der Höchstfuß von 200 M als Jahresdurchschnitt bestehen, bei Weizen 200 M. In beiden Fällen erfolgt die Nachprüfung innerhalb von sechs Monaten statt bisher von drei Monaten. Der Weinabgabungs-zwang von Roggen ist gefallen. Der Wert wird ein Unterschied zwischen Futter- und Braugerste gemacht, wodurch die Braugerste dem Weizenpreis gleichgestellt wird. Für Futtergerste wird ein variabler Zoll von 2 bis 12 M eingeführt.

Weiter wird die Regierung ermächtigt, den Zoll bei Schweinen bis zu 50 Proz. heraufzusetzen, wenn der Preis für Lebendschweine unter 45 M Berliner Markierung liegt. Die Erhöhung dauert an, bis der Preis wieder 85 M erreicht. Die Regierung ist ermächtigt, den Preis bis auf 36 M je Doppelzentner heraufzusetzen. Der Zoll für Frischmilch, deren Einfuhr bisher zollfrei war, ist auf 5 Pf. je Kilogramm festgesetzt, für einseitige Milch von 5 auf 8,5 Pf. erhöht. Der autonome Eierzoll wird von 6 auf 30 Pf. pro 100 Kilogramm heraufgesetzt; er ist jedoch gegenüber Italien und Jugoslawien gebunden. Für Mäckerzeugnisse wird der doppelte Weizenzoll plus 1,50 M in Anwendung gebracht werden. Der Zuderzoll wird von 20 auf 24 M erhöht.

Für Weine werden die autonomen Zölle um 50 Proz. erhöht, wobei jedoch zu berücksichtigen ist, daß die Weinzölle gebunden sind durch die Handelsverträge, vor allem mit Italien, Frankreich und Spanien. Eine besondere Ermächtigung für die Reichsregierung sieht vor, daß der Zoll für Wein, der zur Herstellung von Schaumwein verwendet wird, nach ihrem Ermessen herauf- oder herabgesetzt wird.

Bevor eine Regelung des Hopfenzollens möglich ist, soll die Reichsregierung erst die mit Frankreich und Belgien bestehenden Bindungen beseitigen. Das Kontingent der zollfreien Gefrierfleischzufuhr wird ab 1. Juli beseitigt. Die Regierung wird Vorkehrungen treffen, die dadurch für die minderbemittelte Bevölkerung entstehenden Nachteile auszugleichen, und zwar durch die Versorgung mit Frischfleisch. Dabei ist besonders an die Einfuhr von dänischem Magerfleisch gedacht. Außerdem ist die Regierung ermächtigt, auch das Einfuhrkontingent für gefrorene Innereien erforderlichenfalls aufzuheben.

Über zwei Milliarden Erdbewohner? Nach den neuesten Berichten des Internationalen Statistischen Instituts im Haag wird die Bevölkerungszahl des Erdballs gegenwärtig auf über 2 Milliarden geschätzt. Im Jahre 1910 betrug diese Zahl 1 Milliarde 600 Millionen. Die Verteilung auf die einzelnen Erdteile wird nach Schätzungen angegeben: Asien 960 Mill., Europa 550 Mill., Amerika 230 Mill., Afrika 150 Mill. und Australien 7 Mill.

Ergebnislose Staatspräsidentenwahl in Lettland. Auf der Tagesordnung des lettischen Landtags stand am Dienstag die Wahl des neuen Staatspräsidenten Lettlands. Bis 9.30 Uhr abends hatten sieben Wahlgänge stattgefunden, die jedoch ergebnislos verliefen. Der Kandidat des Bauernbundes, Kulefs, Vizepräsident des Landtages, erhielt 49 Stimmen, doch fehlten ihm noch zwei Stimmen an der notwendigen absoluten Mehrheit. Der Sozialdemokrat Dr. Kolnins, Präsident des Landtages, brachte es auf 36 Stimmen. Die Fortsetzung der Wahl wurde auf heute, Mittwoch nachmittag vertagt.

Letzte Nachrichten

Auch die Biersteuer abgelehnt

W.D. Berlin, 9. April (Tel.) Im Stenografen Ausschuss des Reichstags wurde heute die Biersteuer abgelehnt. Für die Erhöhung hatten nur das Zentrum, die Deutsche Volkspartei und die Demokraten gestimmt, alle anderen Parteien stimmten dagegen.

Der Konflikt mit Thüringen

Finanzminister Baum reist nach Berlin

W.D. Weimar, 9. April (Tel.) Wie wir zuverlässig erfahren, wird Finanzminister Baum seine Reise nach Berlin heute antreten, um am Donnerstag mit dem Reichsinnenminister Dr. Birtz über die Beilegung des Konfliktes zwischen Thüringen und dem Reich zu verhandeln. Diese Verhandlungen sind schon seit einiger Zeit im Gange und von dem thüringischen Bevollmächtigten Dr. Müngel geführt worden. Es ist anzunehmen, daß eine Beilegung des Konfliktes keinerlei Schwierigkeiten bieten wird.

Das thüringische Kabinett wird sich voraussichtlich am Freitag mit der Angelegenheit befassen.

Verhaftungen von Antifaschisten in Paris

W.D. Paris, 9. April (Tel.) Das „Journal“ berichtet, daß in einem Bordeot von Paris drei Italiener verhaftet worden seien, die einer Organisation angehörten, welche sich die Aufgabe gestellt habe, alle faschistischen Organisationen nötigenfalls mit Gewalt zu bekämpfen. Bei einer Hausdurchsicht soll ein Plan für die Bildung einer roten Armee in Italien vorgefunden worden sein. Nach zwei weiteren Italienern werde gefahndet.

Kommunistische Unruhen im Bremer Arsenal

W.D. Paris, 9. April (Tel.) Im dem „Petit Parisien“ aus Paris gemeldet wird, sind dort zwei Arbeiter des Arsenal verhaftet worden, die im Arsenal kommunistische Flugblätter verteilt haben. Bei einer Hausdurchsicht in ihrer Wohnung sollen zahlreiche Exemplare solcher Flugblätter und Broschüren über die Verwendung von Giftgasen gefunden worden sein.

Das Rheinland und Berlin

Anlässlich der Eröffnung des 77. Rheinischen Provinziallandtags ging der Landespräsident der Rheinprovinz, Herr von Siering, in seiner großen Hausrede u. a. auch auf die Ost- und Westfragen ein.

Er betonte, gerade die beiden äußersten Enden, Rheinprovinz und Ostpreußen, sollten und müßten zusammenhalten, und der Stärkere müsse dem Schwächeren helfen. Es müsse aber die Frage geprüft werden, in welchem Maß es angängig sei, die Mittel des Westens nach dem Osten zu überführen. Es müsse neben der Durchführung des Ostprogramms nicht die Notlage des Westens übersehen werden. Wenn neuerdings auch die Stadt Berlin eine Änderung der Steuerverteilung auf Kosten der Provinzen fordere, dann müsse diesen Bestrebungen entgegengetreten werden. Berlin würde allmählich austrocknen, wenn nicht das übrige Deutschland für die Reichshauptstadt ständig Menschen großzog, ernährte und ausbildete, aber noch mehr lebe Berlin wirtschaftlich von der Provinz. Die Konzentration der Verwaltung des Reichs und Preußens und die Konzentration der Verwaltung großer industrieller und finanzieller Unternehmungen in Berlin bringe eine Steuerkrise, die aus dem übrigen Deutschland geleistet werde.

Es würde daher der Gerechtigkeit durchaus entsprechen, wenn die Steuerentnahmen Berlins zu einem großen Teil dem übrigen Deutschland zugute kämen. Wenn bei dieser Sachlage die Stadt Berlin aber noch besondere Berücksichtigung ihrer Steuerentnahmen etwa aus der Kraftfahrzeugsteuer verlange oder Berücksichtigung bei der Verteilung von Staatsdotationen, so könnten solche Ansprüche, die auf Kosten der übrigen Provinzen gehen würden, nicht stark genug zurückgewiesen werden.

Die Überführung der Leiche der Königin von Schweden. Der Sonderzug Nam-Swinnenmünde, der die sterblichen Überreste der Königin Victoria von Schweden nach Swinnenmünde bringen wird, wird erst in der Nacht zum Freitag dort eintreffen. An der militärischen Erreuerfeier nimmt u. a. der Chef der Marinestation der Ostsee, Kontradmiraal Hansen, teil. Das Ereignis wird die 2. und 4. Halbflotte ausführen, die das schwedische Geschwader bis nördlich der Oberbank in der Ostsee begleiten werden.

Ratifizierung des Haager Abkommens durch den belgischen Senat. Der belgische Senat hat am Dienstag mit 109 Stimmen gegen eine Stimme bei einer Enthaltung das Haager Abkommen ratifiziert.

Ein Vertrauensvotum für Engenbers. Der Vorstand der Deutschnationalen Volkspartei tagte am Dienstag in Berlin. Über die Tagung wird von deutschnationaler Seite folgende Mitteilung gegeben: Nach einem ausführlichen Bericht des Parteivorsitzenden Dr. Engenbers und nach einer eingehenden Aussprache, in der auch der Vorsitzende der Reichstagsfraktion, Dr. Oberföhrer, das Wort ergriff, billigte der Vorstand die Ausführungen und sprach der Führung einstimmig sein unbedingtes Vertrauen aus.

* Um die Finanzgesetze

Es ist genau so gekommen, wie es sich jeder Politiker mit kühlem Kopf von vornherein gedacht hat: der Versuch, Ordnung in unsere öffentlichen Finanzen zu bringen, hat wie ein Stich in den Ameisenhaufen gewirkt. Alles ist aufgeschreckt, alles rennt durcheinander, der Kampf aller gegen alle ist entbrannt, und jeder fleht zum Himmel, daß, wenn es nun schon blüht, der Blitz ja ins Nachbarhaus und nicht ins eigene Haus einschlagen möge. Es ist ein unwürdiger Anblick!

Wo auch immer irgendeine neue Besteuerung zur Sanierung unserer Finanzen angekündigt wird, da erheben sich die davon Betroffenen zu leidenschaftlichem Protest. Obwohl in allen Teilen unseres Volkes vollkommene Übereinstimmung darüber besteht, daß es so nicht weitergeht, daß etwas Einheitsmendes zur Sanierung der öffentlichen Finanzen geschahen muß, verweigert doch ein jeder Stand seine durch Opfer zu beweisende Mitarbeit in dem Augenblick, wo ihm Opfer zugemutet werden.

Aufs bitterste rächt sich jetzt eine durch zehn Jahre hindurch befolgte Politik, die vielfach so beschaffen war, daß sie den Glauben erwecken mußte, man habe sich vor allem den Kopf darüber zu zerbrechen, wie man die Gelder ausgibt, aber nicht, wie man sie einnimmt. Zehn Jahre hindurch, vor allem aber seit der Stabilisierung der Mark, seit dem Jahre 1924, hat man an den Staat und seine Kassen und an die Wirtschaft Anforderungen über Anforderungen gestellt und zum größten Teil auch durchgedrückt, ohne sich zu fragen, wo denn die Gelder herkommen sollen, mit welchen diese Anforderungen auf die Dauer erfüllt werden können, und ohne sich zu fragen, ob die Wirtschaft bei einem solchen Verfahren überhaupt noch imstande sein kann, ihren großen wirtschafts- und finanzpolitischen Verpflichtungen zu genügen, nämlich so gut und so billig als möglich zu produzieren, soviel Arbeiter als nur irgend zu beschäftigen und soviel Steuern als nur irgend möglich zu bezahlen.

Die Sanierung der öffentlichen Finanzen kann nur und wird nur kommen, wenn man durch eine vernünftige Finanz- und Steuerreform der Pumpwirtschaft ein Ende macht, wenn man die Ersparnisse durchführt, die unbedingt durchgeführt werden müssen, und wenn man das ganze Besteuerungssystem so anlegt, daß die Wirtschaft dabei möglichst geschont wird. Darüber hinaus muß man der Landwirtschaft durch bestimmte Hilfsmaßnahmen sofort und der gesamten Wirtschaft im nächsten Jahre durch Steuererleichterungen auf die Weine helfen. Die nüchternen Politiker in Deutschland, die sich bemühen, die wirtschaftspolitische Lage ohne jede Parteibrille zu betrachten, zweifeln daran, daß es möglich sein wird, dieses Programm mit dem Parlament durchzudrücken. Und die Ereignisse scheinen ihnen recht zu geben. Wenn jetzt schon der Kampf um die Steuern so leidenschaftliche und bedenkliche Formen annimmt, wie wird dann erst der Kampf aussehen, wenn man an die Realisierung des Sparprogramms herangeht, an ein Programm also, das sich ohne ganz erheblichen Stellenabbau und ohne Reduzierungen der Gehälter und Löhne gar nicht verwirklichen läßt.

Es ist bezeichnend, daß so viele Politiker es gar nicht wagen, an diese Dinge zu rühren. So hat zum Beispiel auf der gestrigen Tagung des Badischen Städteverbandes und des Badischen Städtebundes kein einziger Städtevertreter angekündigt, daß jetzt endlich die dringend notwendige Sparpolitik im Gehaltswesen der Städte eingeführt wird. Niemand hat davon gesprochen, daß überall dort, wo in den letzten Jahren Stellen um ein oder zwei Klassen höher eingestuft wurden, wieder zurückgestuft wird. Ebenso wie niemand davon gesprochen hat, daß bei uns in Baden der Staat die gesamten personellen Schulkosten trägt, und daß dadurch den Gemeinden ein Geschenk dargeboten wird, ein Geschenk, das sie in stand setzen sollte, mit Hilfe einer parlamentarischen Personalpolitik ihren Etat lediglich in Ordnung zu halten. Wie sich die Anlegung eines Rheinbadunternehmens, wie des von Kappemwört — also eines Millionenprojekts, das jährlich Aufwendungen von Hunderttausenden von Reichsmark verursacht — zusammenreimen läßt mit der finanziellen Notlage der Stadt Karlsruhe — auch diese Frage ist nicht beantwortet worden.

Daß die Gemeinden in ihrer Gesamtheit ebenfalls schwer unter den heutigen schlechten Verhältnissen zu leiden haben, und daß viele unter ihnen trotz des Strebens

Mit der Beilage: 4.3. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

nach Sparbarkeit nur schwer auskommen können, das ist gewiß nicht zu bestreiten. Diese schlechten Verhältnisse werden bekanntlich in erster Linie bedingt durch all das, was mit dem Begriff „Erwerbslosenfürsorge“ zusammenhängt. Auf diesem Gebiet werden Anforderungen an die Gemeinden gestellt, denen sie nicht mehr genügen können. Und so ist auch vom Standpunkt der Gemeinden aus die Reform der Arbeitslosenversicherung das wichtigste finanzpolitische Problem.

Wenn der Badische Städteverband und der Badische Städtebund glauben, man könne der finanziellen Schwierigkeiten durch Anleihen Herr werden, so ist das ein recht absonderlicher Glaube. Wir sind gerade verschuldet genug. Wir büden unsern Kindern und Enkelkindern schon an und für sich eine furchtbare Zinslast auf die Schultern, und wir müssen für die geliebten Gelder derartige Opfer bringen, daß es doch wirklich oberste Pflicht eines jeden verantwortlichen Finanzpolitikers sein müßte, vor Anleihen zu warnen.

Und wenn die Gemeinden vom Reich und von den Ländern eine Sparpolitik verlangen, so ist darauf zu erwidern, daß diese Politik ja jetzt in Berlin eingeleitet ist und zum Siege geführt werden soll, und daß speziell unser badischer Staat unter der Führung seines Finanzministers, des Staatspräsidenten Dr. Schmitt, in umfassender Weise die große Aufgabe der inneren Finanzreform des Landes und der Verwaltungsreform im Sinne weitgehender Ersparnisse praktisch in Angriff genommen hat. Das Beispiel ist also da. Die Gemeinden haben nur nötig, es zu befolgen und ihrerseits das zu tun, was man jetzt im Reich und in den Ländern, zum mindesten bei uns im badischen Land, ernstlich durchzuführen begonnen hat.

Wenn es nach den Kritikern und nach den von einer Steuer Betroffenen ginge, dann würden überhaupt nie Steuern zustande kommen. Jeder Finanzpolitiker weiß, daß eine Steuer immer als zu hart und irgendwie als zu ungerecht empfunden wird. Er hat die peinliche Aufgabe, unter den Steuerblättern, die sämtlich übel duften, diejenigen herauszufinden, die seiner Überzeugung nach noch am wenigsten übel riechen. Das hat der badische Finanzminister bzw. die badische Regierung getan. Wer die einzelnen Bestimmungen ihres Finanzgesetzentwurfes ablehnt oder gar mit spöttischer Kritik beiseiteschiebt, der ist verpflichtet, andere, brauchbare Vorschläge zu machen. Denn unsere Finanzen müssen in Ordnung gebracht werden, und sie können in Ordnung gebracht werden, wenn jeder das richtige Verständnis für die augenblickliche Lage bekundet und die Opfer zu tragen bereit ist, die man von ihm verlangt. Ganz allgemein gesehen, empfiehlt sich der badische Finanzgesetzentwurf wirklich dadurch, daß er die unabwieslichen Opfer zweckmäßig verteilt und dabei eine Gerechtigkeit offenbart, wie sie in menschlichen Dingen, die bekanntlich alle irgendwie unvollkommen sind, kaum wieder erreicht werden kann.

Grundsätzlich wäre zu allen Besteuerungen im Reich, in den Ländern und in den Gemeinden nur das eine Kritische zu sagen, daß die Lastenverteilung wohl immer noch etwas zu sehr den augenblicklichen Einkommenstand der Schichten des Volkes als Grundlage annimmt, also die Tatsache der Notlage der gesamten Wirtschaft noch immer viel zu wenig berücksichtigt und nicht genügend daran denkt, daß sich seit dem Kriege eine Verschiebung in den Einkommenverhältnissen vollzogen hat, welche einen großen Teil des Volkes über das normale Maß hinaus begünstigt, den andern aber benachteiligt. Hier muß wohl eine Korrektur geschaffen werden. Und sie ist nur denkbar in der Weise, daß man den Wohlstandsindeks zu Hilfe nimmt und bei jeglicher Besteuerung möglichst die Schichten heranzieht, die ein höheres Einkommen haben, als es der Index vorschreibt, nämlich mehr als 150 Proz. des Friedenseinkommens. Bei alledem würde dann immer noch nicht die Tatsache der Verarmung unseres Volkes berücksichtigt werden. Wenn diese Verarmung faktisch von allen Schichten zugegeben und in ihren praktischen Folgen anerkannt und hingenommen wird, dann müßte eigentlich ein Arbeitseinkommen, das 130 Proz. des Friedenseinkommens beträgt, zunächst als ausreichend gelten. Jedenfalls bestehen gerade hier, auf diesem Gebiet, Gegenläge, die so groß sind und in ihrer Größe den notleidenden Schichten so sehr zum Bewußtsein kommen, daß man sich deren Erbitterung und Verzweiflung wohl erklären kann.

Eine Entgleisung

* Am Schluß der gestrigen Sitzung des Badischen Städteverbandes und Badischen Städtebundes hat Chefredakteur Dr. Pfeiffer vom „Heidelberger Tageblatt“ namens der Pressevertreter für die gebotene Gelegenheit, in der Angelegenheit des inneren badischen Finanzausgleichs auch die Städte zu hören, gedankt. Das war eine Anstandsspflicht, der man schon allein deswegen zu genügen hatte, weil die ganze Tagung ja in der Form eines Presseempfangs stattfand. Eine bedauerliche Entgleisung war es aber, als derselbe Herr Dr. Pfeiffer dann erklärte, „der neue Finanzgesetzentwurf stelle ein Untergrabung der Selbstverwaltung der Städte und Gemeinden dar, und dazu könne auch die Presse nicht schweigen“. Dieser Satz ist eine Ungehörigkeit, gegen die wir aus prinzipiellen Gründen protestieren. Die Auffassung des Herrn Dr. Pfeiffer in allen Ehren! Wenn er aber im Namen der anwesenden Pressevertreter spricht, dann muß er sich einer hier gebotenen Zurückhaltung befleißigen und darf diese Pressevertreter nicht auf eine Meinung festzulegen versuchen, die sich einseitig für die Städte einsetzt, und ebenso einseitig gegen die Regierung richtet. Die Aufgabe der Presse als solche war es gestern, sich zu informieren und nicht Stellung zu nehmen.

Die Finanzvorlagen im Reichstag

Das Gaststättengesetz angenommen — Die Reform der Arbeitslosenversicherung

Zur Reichstag wurde am Dienstag das Gaststättengesetz in zweiter und dann auch in dritter Beratung endgültig angenommen. Einige in der zweiten Lesung beschlossene Änderungen wurden in der dritten Beratung wieder gestrichen, so daß die Vorlage im wesentlichen in der Ausschussfassung angenommen ist. Am 1. Juli soll das neue Gesetz in Kraft treten. Gegen die Vorlage stimmte neben den Kommunisten auch die Wirtschaftspartei. Sie begründete ihre ablehnende Haltung damit, daß für sie die Bestimmung unannehmbar sei, wonach die Schankkonzession verweigert werden kann, wenn zu erwarten sei, daß der Antragsteller die Arbeiterschutzbestimmungen nicht einhalten werde. Die Streichung dieser Bestimmung hatte aus rechtlichen Gründen auch der volksparteiliche Abg. Dr. Kahl beantragt, war damit aber in der Minderheit geblieben.

Der Reichstag erteilte dann die Genehmigung zur Strafverfolgung verschiedener Angeordneter aus dem nationalsozialistischen und kommunistischen Lager.

Zur ersten Beratung kamen dann die vom Reichstag schon genehmigten Vorlagen über den vorläufigen Finanzausgleich und über die Vorbereitung der Reichsfinanzreform. Die Finanzreformvorlage enthält auch jenen Vorschlag zur Sanierung der Arbeitslosenversicherung, über den das Kabinett Müller gestützt ist.

Von diesem Sanierungsvorschlag, der eine Beitragserhöhung bis 4 Proz. zuläßt, wußt der Kompromißvorschlag ab, den die Regierungsparteien machten, und dem die Sozialdemokraten nicht zustimmten, weil er einen Leistungsabbau nicht möglich macht. Da nun aber der Reichstag schon der ursprünglichen Regierungsvorlage zugestimmt hat, und da Eile geboten ist, hat die gegenwärtige Regierung die Vorlage der alten Regierung eingebracht, obwohl sie gar nicht mehr hinter der Vorlage steht, sondern bei der Arbeitslosenversicherung die Kompromißregelung durchführen will, die von den jetzigen Regierungsparteien als Änderungsantrag durchgesetzt werden soll.

Reichsfinanzminister Dr. Meißner, der die Vorlage mit kurzen Ausführungen begründete, gab zu, daß das Vorgehen der Regierung in diesem Falle eine außergewöhnliche Maßnahme darstelle, aber der gute Zweck, die dringend notwendigen schnelle Sanierung der Finanzen, erfordere außerordentliche Maßnahmen.

Der sozialdemokratische Abg. Wisell, der Arbeitsminister des früheren Kabinetts, hielt mit einer bei seinem ruhigen Temperament sonst ungewöhnlichen Leidenschaftlichkeit eine Kampfszene gegen die Regierung wegen ihrer Haltung zur Arbeitslosenversicherung. Er erklärte einen weiteren Abbau der Leistungen der Arbeitslosenversicherung für unverantwortlich.

Ihm trat der Volksparteiler Dr. Pfeiffer entgegen, der sagte, der Sturz des alten Kabinetts sei allein durch Wisells Starrköpfigkeit herbeigeführt worden, die übrigen sozialdemokratischen Minister wären mit der Kompromißregelung einverstanden gewesen. Die bürgerlichen Parteien wollten auch keineswegs einen allgemeinen Leistungsabbau, aber sie verlangten Schutzmaßnahmen gegen die Ausnutzung der Arbeitslosenversicherung durch Leute, die sich künstlich arbeitslos machen und nach kurzfristiger Beschäftigung immer wieder in die Arbeitslosigkeit zurückkehren.

Am Mittwoch, um 15 Uhr, soll die Beratung fortgesetzt werden.

Die Wirtschaft der Stadt Berlin

Der Untersuchungsausschuß des Preuß. Landtags vernahm am Dienstag als Zeugen zu den Gutsankäufen der Stadt Berlin im Falle des Ritterguts Biesdorf den Generalbevollmächtigten der Gewerkschaft Hildegard, Steibel, der zugab, daß diese angebliche Bergwerks-Gewerkschaft überhaupt keine Gewerkschaft habe, und daß er sie, d. h. ihren Namen, für 300 M auf Anraten eines Bälsting ausgeprochen zu dem Zweck gekauft habe, damit diese Gewerkschaft als Käufer des Rittergutes Biesdorf auftreten könne und nicht ein Grundstückspekulant im Vordergrund stünde. Steibels Gewerkschaft erwarb das Gut für circa 5 Millionen und verkaufte es kurz darauf für 6,5 Millionen an die Stadt Berlin weiter. Steibel bestritt, gewußt zu haben, daß die Stadt sich für Biesdorf interessiere. Aus der Vernehmung anderer Zeugen ergab sich die Wichtigkeit der Darlegung des Verichters, daß Steibel sich sofort von der Stadtbank ein 3-Millionen-Darlehen verschaffte, obwohl Biesdorf den Ankauf zu dem teureren Bodenpreise gerade damit begründet hatte, daß dafür der Stadt der Kaufpreis gestundet würde.

Oberbürgermeister Böß erklärte, daß er erst anderthalb Jahre nach den ersten Angeboten Lichtenbergs das Biesdorfer Terrain haben wollte. Der Überpreis erkläre sich aus der zwischenzeitlichen Bodenvermehrung. An die der Gewerkschaft genährte Anleihe erinnerte sich Böß nicht. Wie die Gewerkschaft überhaupt eingeschaltet wurde, wisse er auch nicht.

46 Millionen neue Steuern in Berlin

Stadtsyndikus Lange, der morgen, Donnerstag, den Berliner Stadtvorordneten den Haushaltsplan für das laufende Rechnungsjahr in der vom Magistrat beschlossenen Form vorlegen wird, wird vorschlagen, die Gewerbesteuer von 425 Proz. auf 500 Proz. und die Grundvermögenssteuer von 200 auf 300 Proz. zu erhöhen. Der Stadtsyndikus will den Nachweis führen, daß der neue Etat der Stadt ohne diese Steuererhöhungen nicht zu balancieren sei, wenn die schon auf das Äußerste zusammengepressten Ausgaben nicht noch weiteren Kürzungen unterzogen werden sollen. Aus der Erhöhung der Gewerbesteuer erwartet die städtische Verwaltung 44 Millionen Mehreinnahme. Die Festsetzung der Grundvermögenssteuer auf 300 Proz. würde eine Erhöhung der Friedensmiete um 4 Proz. ausmachen. Der Magistrat erwartet daraus eine Mehreinnahme von 18 Millionen Reichsmark. Bei der Zusammenfassung des Stadtparlamentes wird es für sehr zweifelhaft gehalten, ob sich im Rathaus eine Mehrheit für den Etatvoranschlag des Magistrats findet.

Zu den Düsseldorf Nachrichten veröffentlicht das dortige Landeskriminalpolizeiamt einige Feststellungen. Danach sind fünf der Mordtaten von dem in Haft befindlichen Geisteskranken Stausberg begangen worden, während vier Morde an Hausangestellten von einem anderen Täter, der Stausberg nachahmen wollte, ausgeführt worden sein sollen. Leider habe man nur eine halbwegs sichere Beschreibung des Mörders. Der aber die Täter seien offenbar in Kreisen zu suchen, die infolge ihrer abnormen Veranlagung schon mit Behörden, wie Polizei, Gericht, Irrenanstalten und Gefängnis zu tun gehabt haben.

In der Handelsgesellschaft Deutscher Apotheker in Breslau sind von drei Angestellten Veruntreuungen von Chemikalien im Werte von bis zu 120 000 M verübt worden.

Frau Hanau, die Leiterin der „Gazette du France“, ist, wie aus Paris gemeldet wird, gegen Stellung einer Kaution von 800 000 Franken aus der Haft entlassen worden.

Der innerbadische Finanzausgleich

Finanzminister Dr. Schmitt über das Finanzgesetz

Am Dienstagvormittag berichtete Finanzminister Dr. Schmitt im Haushaltsausschuß des Badischen Landtags über seine Aussprache mit den Oberbürgermeistern und Bürgermeistern der Städte und den Kreisvertretern.

Die Gemeindevertreter hätten darüber Beschwerde geführt, daß nicht genügend Zeit zur Vorbereitung der Finanzpläne der Regierung für die Gemeinden vorhanden gewesen sei. Die Gemeindevertreter seien dauernd auf dem Laufenden gehalten worden. Ein weiterer Einwand der Gemeinden besage, daß diesen durch die Finanzmaßnahmen des Landes mehr entzogen als neu gegeben würde. Die Städte hätten auch den Wunsch, die Gebäudensteuer noch stärker für den allgemeinen Finanzbedarf heranzuziehen; dem soll entsprochen werden, was den Gemeinden eine Mehreinnahme bis zu 400 000 M bringen werde. Der dritte Einwand habe in einer grundsätzlichen Ablehnung der Kürzung der Steuerüberweisungen bestanden. Der Einwand, daß die Reichssteuerüberweisungen in dem badischen Staatsvoranschlag zu niedrig eingesezt seien, sei unrichtig, da das Reich zwar die Gesamtsumme der Überweisungen garantiere, nicht aber den Anteil der einzelnen Länder. Ein Oberbürgermeister hatte die Kürzung des Personalaufwandes verlangt. Hierzu will der Finanzminister die Antwort im Landtag geben.

Die Forderung, den außerordentlichen Etat auf Anleihen zu übernehmen, sei unmöglich, da das Land Baden dauernd außerordentliche Ausgaben in den jetzt vorhandenen Höhen habe. Außerdem können zur Zeit keine Anleihen aufgenommen werden. Baden hätte noch 40 Millionen schwebende Schulden, die zunächst einmal fest verankert werden müßten. Die Anlehenswirtschaft führe zu einer hohen Zinslast. Schon jetzt müßten 8 Millionen Zinsen getragen werden. Deshalb sei auch das Defizit so groß. Der richtige Weg sei, zunächst dafür zu sorgen, daß kein Defizit entstehe, um zur Tilgung der schwebenden Schuld zu kommen. Es sei unmöglich, weitere Schulden zu machen; sonst könnte man wie in Berlin schon im voraus den Tag berechnen, an dem die Staatskasse nicht mehr bezahlen könne.

Ein weiterer Einwand der Gemeinden sei der gewesen, daß der Staat den Gemeinden die Steuern nehmen würde, die von Natur aus wachsen. Das gehe aber dem Lande bei der Lohnsteuer genau so. Schließlich hätten sich auch die Kreise darüber beschwert, daß sie mehr an Einnahmen genommen, als sie neu erhalten werden. Dazu sei zu bemerken, daß bei der Übernahme der Kreisstrafen die Kreise bisher $\frac{2}{3}$ der Zustandsetzungslosten bezahlen mußten, während in Zukunft sie nur noch mit einem Drittel herangezogen würden.

Ein liberaler Vertreter regte an, daß den Fraktionen noch etwas Zeit zur Beratung des Finanzgesetzes gegeben werde. Von einem Mitglied wurde darauf hingewiesen, daß die Städte heute Vorschläge zum Einsparen am Budget machen. Warum kämen sie jetzt erst damit, nachdem die Ausgaben genehmigt seien. Der Staat könne in den Voranschlägen der Städte manche Möglichkeit zum Sparen herausfinden.

In eine sachliche Aussprache über die Ausführungen des Finanzministers trat der Haushaltsausschuß zunächst nicht ein, sondern es wurden zunächst Gesuche behandelt.

In der Nachmittags-sitzung wurde in die Beratung des Finanzgesetzes eingetreten, und die zwangsläufigen Titel vorweggenommen, darunter die Überweisung des Ertrags der Gesellschaftsteuer an die Gemeinden, Anteile der Gemeinden und Kreise an der Wandergewerbesteuer, Kosten der Flecksteuer und Einnahmen aus den überwiegenen Grundvermögenssteuern. Das Aufkommen an Grundvermögenssteuer sei in Baden auffallend hoch. Die Gemeinden hätten ein Zuschlagsrecht. Die Einnahmen aus der Kraftfahrzeugsteuer seien von 5,4 Millionen im Vorjahr auf 8,6 gestiegen. Bei dieser Steuer sei Baden benachteiligt. Es habe ein gutes Aufkommen, aber der Aufkommensschlüssel sei nur nach der Bevölkerungszahl und nach dem Gebietsumfang gestaffelt. Voraussichtlich würden 300 000 M jährlich weniger eingeht. Die Grundsteuer ist um 100 000 M weniger veranschlagt.

Sodann wurde in die Beratung der Anträge eingetreten, zunächst des Antrags um das Zuschlagsrecht der Gemeinden. Nach der bisherigen Stellungnahme der Regierungstellen sei das Zuschlagsrecht noch hinausgeschoben. Die Regierung legte ausführlich das Für und Wider dar. Ein Ausschussmitglied beantragte Vertagung, um den Antragstellern Gelegenheit zur Begründung zu geben.

Zu dem Antrag der Wirtschaftspartei auf Aufhebung der Gebäudensteuer in allen Gemeinden, in denen der Wohnungszwang aufgehoben ist, wurde von der Regierung erklärt, daß der dabei entstehende Ausfall von 10,3 Millionen durch Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer ausgeglichen werden müßte. Außerdem kämen dabei die Städte in größte Verlegenheit, und es gäbe auch eine Unbilligkeit gegenüber den Gemeinden, die noch Wohnungsmangel hätten. Der Antragsteller hat schließlich um Zurückstellung seines Antrags.

Der Badische Städteverband und der Badische Städtebund zum Finanzausgleich

Die beiden Organisationen der badischen Städte, der Bad. Städteverband und der Bad. Städtebund, von denen die eine die 12 größeren Städte Badens, die andere 66 kleinere Städte unseres Landes umfaßt, haben zum innerbadischen Finanzausgleich, dem Finanzgesetz für 1930 und 1931, an den Landtag eine Eingabe gerichtet, die sich gegen eine Kürzung des Anteils der Gemeinden an den Reichsüberweisungssteuern wendet.

Sie verlangen, daß der Betrag von 72 Mill. Reichsmark wie bisher nach dem Verhältnis von 65 : 35 verteilt werde und die vorgesehene Erhöhung des Anteils des Landes von 65 Proz. auf 66 $\frac{2}{3}$ unterbleibe. Ferner wird verlangt, daß der Betrag von 72 Mill. übersteigende Teil der Reichsüberweisungssteuern wie bisher hälftig zwischen dem Land und den Gemeinden verteilt werde. Der Betrag von 500 000 M für den Gemeindeausgleichsstock müsse wie bisher dem Gesamtlandeanteil entnommen werden. Die im Finanzgesetz vorgesehene neuen Einnahmequellen seien den Gemeinden zugänglich zu geben, insbesondere die Schulgelderhöhung und die Mineralwassersteuer, welche letztere den Städten unmittelbar

bar zu überweisen sei und nicht dem Gemeindeausgleichsamt zugeführt werden dürfe. Die Verteilung habe nach dem für die Verteilung der Reichsüberweisungssteuern maßgebenden Schlüssel zu erfolgen. Ein im Staatshaushalt entziehender Fehlbetrag, der nur die außerordentlichen Ausgaben betreffen könne, sei durch Anleihen zu decken.

Ein von den beiden Städteorganisationen am Dienstagabend veranstalteter Presseempfang in den Räumen der Hochschule für Musik in Karlsruhe, an dem außer einer größeren Anzahl geladener Vertreter der Presse Badens die Oberbürgermeister der dem Städteverband angehörenden Städte und die Ausschussmitglieder des Städtebundes teilnahmen, sollte dem Zweck dienen, die Presse über die Lage der Städte zu unterrichten.

Zunächst erläuterte der Vorsitzende des Städteverbandes, Oberbürgermeister Dr. Finter (Karlsruhe) nach Begrüßungsworten die Eingabe und die Gründe, weshalb die Städte hier eine Abwehrlage einnehmen müßten. Das Finanzgesetz bedeute eine Verschlechterung der gesamten Grundlage ihrer Finanzgarantie. Die Einnahmen der Städte würden schon durch die Verringerung der Einnahmen aus den bestehenden Steuern als Folge der Wirtschaftskrise eine starke Verringerung der Einnahmen erfahren. Dabei müßte mit einer weiteren Steigerung der (für Vorgelagerte) gerechnet werden (in Karlsruhe um 400 000 M.), so daß alle Städte die Tarife erhöhen, eine ganze Reihe der Umlagen hinaufsetzen müßten. In dieser Situation sollen den badischen Gemeinden noch erhebliche Teile der Überweisungssteuern weggenommen werden, nämlich 5 350 000 M. Dafür werden ihnen allerdings im Finanzgesetz insgesamt 5 250 000 M. an Einnahmesteigerungen angeboten. Zu der Erhöhung des Schulgeldes an den höheren Lehranstalten (die 1 Million Reichsmark bringen soll) hätten die Gemeinden heute selbst das Recht, Karlsruhe werde dabei nicht schlecht fahren, kleinere Städte, die keine Schulen hätten, hätten aber nichts davon. Die Mineralwassersteuer (1,4 Mill.) sei vom Reich als zusätzliche Mehreinnahme der Gemeinden vorgesehen, könne also vom Land ebenso wenig wie die Erhöhung des Schulgeldes als Gegengabe angerechnet werden. Sie solle überdies nach dem Finanzgesetz vom Minister des Innern veranlaßt und nach seinem Ermessen verteilt werden. Dadurch seien die Gemeinden nicht in der Lage, diesen Anteil von vornherein in Rechnung zu stellen.

Was die Gebäudelastenerhöhung anlangt, so verlangen die Gemeinden, daß sie evtl. einen noch höheren Betrag als 45 Proz. für den allgemeinen Finanzbedarf verwenden dürfen. (In Karlsruhe sei es allerdings nicht möglich, noch weiter zu gehen.) Die Ausdehnung der Gewerbesteuer auf die freien Berufe werde ebenso wie die Neuregelung der Gebäudesteuer in den verschiedenen Gemeinden verschieden wirken. Die neue Einwohnersteuer sei für die Städte absolut notwendig. Die Städte müßten beim Finanzausgleich zusätzliche Einnahmen verlangen zu dem, was sie bereits haben. Der Staat könne u. a. dadurch Erparnisse erzielen, daß er sich für außerordentliche Zwecke (Geländekauf, Brückenbauten usw.) Mittel durch Anleihen statt aus laufenden Einnahmen verschaffe. Dadurch könnte sich der Staat ohne Eingriff in die Finanzen der Städte helfen.

Oberbürgermeister Kemmer (Karlsruhe) sprach dann als Vorsitzender des Städtebundes, wobei er auf die Verbindung von Finanzen und Wirtschaft hinwies. Die Frage stellen, ob das deutsche Volk heute besser als vor dem Krieg leben kann, heiße sie verneinen. Für eine Stadt wie Karlsruhe mit 15 000 Einwohnern mache die Reparationsbelastung nach dem Youngplan 400 000 bis 500 000 M. im Jahr aus. Nur mit geradezu brutaler Sparpolitik werde man die Lage meistern können, die man überall anwenden müsse. Man müsse auch die spätere Generation zu den verborgenen, deshalb aus Anleihen zu befreienden Ausgaben heranziehen. Eine Steigerung der Steuern und Abgaben werde nach den Verprechungen von Steuerentlastungen bei den Gemeindevahlen im Herbst den Realismus stützen.

Oberbürgermeister Heimerich (Mannheim) erklärte, daß es sich nicht um einen hässlichen Streit zwischen Land und Gemeinden handle, sondern um eine die ganze Öffentlichkeit interessierende Angelegenheit, nämlich die Frage, um wieviel die Einwohnerzahl weiter mit neuen Steuern und Tarifen belastet werden könne. Der Redner sagte, daß die Städte zu spät von den im Finanzgesetz geplanten Maßnahmen unterrichtet worden seien, sie hätten aber am Donnerstag Gelegenheit im Haushaltsausschuß, ihre Wünsche vorzutragen. Er schilderte insbesondere die Verhältnisse Mannheims, das nicht weniger als 3400 Wohlfahrtsvereinslose habe. Mannheim würde allein 1,4 Mill. Überweisungssteuern verlieren. Die Stadt bringe von den gesamten Überweisungssteuern in Baden 25 Proz. auf, sie erhielt bisher davon 8,77 Proz. und würde nach den neuen Vorschlägen nur 7,26 Proz. erhalten.

Der Geschäftsführer des Bad. Städteverbandes, Dr. Ketterer, gab dann ein längeres Referat, in dem er sich dagegen wendete, daß der Staat seinen Haushalt auf Kosten der Gemeinden ausleide. Er kritisierte in weiteren die Verteilung der Realsteuern, der Prozentsätze und verlangte Beteiligung der Städte an der Kraftwagensteuer. Der Aufwand für die Wohlfahrtsvereinslosen sei in den 16 größten Städten von 1,8 Mill. 1927 auf 8,3 Mill. (1929) gestiegen. Der gesamte Anteil der Städte an den Reichsüberweisungssteuern reiche nicht aus, die Fürsorgeausgaben zu decken. Jede weitere Kürzung der Aufwände müsse zu Tarif- und Umlagerhöhungen führen.

Oberbürgermeister Meister (Bruchsal) sprach besonders über die Kürzungen. In Bruchsal müßte die gesamte Umlage für die Erwerbslosenlast verwendet werden.

Zum Schluß sprachen für die erschienenen Pressevertreter Dr. Pfeiffer (Heidelberg) und Dr. Stumpf (Mannheim).

Satzbefehl gegen 25 Münchener Rotfrontkämpfer. Von 28 Mitgliedern des verbotenen Rotfrontkämpferbundes, die am letzten Sonntag in München festgenommen wurden, sind drei wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Die übrigen 25 wurden dem Gericht vorgeführt, das gegen alle Satzbefehl erteilt. Der kommunistische Reichstagsabgeordnete Leow befindet sich, entgegen anderslautenden Meldungen, nicht unter den Verhafteten.

Verrat militärischer Geheimnisse. Der 35 Jahre alte Kaufmann Gustav Edel aus München wurde wegen Verrats militärischer Geheimnisse zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte sich mit der französischen Besatzungsbehörde in Verbindung gesetzt, um von dieser Geld herauszuloden.

Geringer Geburtenüberschuß in Frankreich. Nach einer Statistik des französischen Unterstaatssekretariats für nationale Wirtschaft betrug die Zahl der Todesfälle im Jahre 1929 in ganz Frankreich 728 540, die der Lebendgeburt 741 104, so daß sich ein Geburtenüberschuß von 12 564 ergibt. 1928 betrug dieser Überschuß 70 205.

Ein neues französisches Unterseeboot. Das 2060 Tonnen verdrängt, hat bei einer Probefahrt über Wasser die Geschwindigkeit von 20 Knoten erreicht, also den Weltrekord der U-Boote dieser Gattung verbessert.

Die Londoner Konferenz hat beschlossen, das japanische Verlangen nach rascher Erhebung der letzten Kreuzer und Zerstörer zu erfüllen. Das Dreimächteabkommen scheint gesichert.

Die Witwe Gaughofers t. In München ist die Witwe des bayerischen Volksdichters Ludwig Gaughofer im Alter von 71 Jahren gestorben.

Magim Gorki beabsichtigt, nach einer Meldung der römischen „Tribuna“, von Italien nach Rußland zurückzukehren und sich in Moskau niederzulassen.

Montagu Norman wurde, wie aus London gemeldet wird, am Dienstag zum Gouverneur der Bank von England wiedergewählt.

In Neu-Südwalles (Australien) wurde ein Postzug von Räubern überfallen. Ein Schaffner, der sich widersetzte, wurde niedergeschlagen. Die Räuber bemächtigten sich hierauf einer Kiste, die 4000 Pfund Sterling in Noten und 600 Pfund Sterling in Silber enthielt, warfen sie aus dem Zug und sprangen selbst ab als die Fahrtgeschwindigkeit kurz vor einem Tunnel vermindert wurde.

Badischer Teil

Badischer Landtag Arbeitsplan des Landtags

Für die weiteren Arbeiten des Landtags wurde folgendes Arbeitsprogramm festgelegt: Der heutige Mittwoch ist für Fraktionsitzungen freigelassen. Am Donnerstagvormittag tritt das Plenum zur Behandlung des Teiles des Etats des Finanzministeriums zusammen, der das Steuergebiet und das Finanzgebiet nicht betrifft. Am Donnerstagabend wird den Vertretern der Gemeinden Gelegenheit gegeben werden, ihre Wünsche zum Finanzprogramm der badischen Regierung dem Haushaltsausschuß vorzutragen. Daran anschließend wird der Haushaltsausschuß mit der Beratung dieses Finanzprogramms und des Finanzgesetzes beginnen. Am Freitagvormittag werden die Plenarberatungen und nachmittags die Haushaltsausschußberatungen fortgesetzt.

Eine Reise des Landtags ins Frankenland

Im Haushaltsausschuß des Landtags regte der Staatspräsident an, falls der Landtag der bisherigen Gepflogenheit entsprechend, Teile des Landes besuche, den Besuch ins Rau- und Frankenland zu verlegen. Der Ausschuß stimmte der Anregung bereitwillig zu. Zur Zeit wird ein Programm ausgearbeitet, ob es sich verwirklichen läßt, hängt von der Geschäftslage des Hauses sowie von der allgemeinen politischen Lage ab.

Haushaltsausschuß

Im Haushaltsausschuß des badischen Landtags behandelte am Dienstagvormittag nach den Erklärungen des Finanzministers über den Finanzausgleich, worüber an anderer Stelle berichtet wird, der Berichterstatter ein Gesuch über die Verkehrsverhältnisse im badischen Unterland. Der Bau einer festen Brücke über den Main zwischen Mondfeld und Stadtpfingsten wurde von der Regierung als nicht dringlich bezeichnet. Das Gesuch wurde der Regierung zur Kenntnisnahme überwiehen, ebenso ein Gesuch des Betonstraßenverbandes, auch fünfzig Betonstraßen zu bauen, die sich gut bewähren hätten.

Ein Antrag betr. Abtrieb des Ertrages von Kursverlusten im Betrage von 380 000 M. wurde mit 13 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen.

Der Ausschuß nahm sodann den Bericht über den Vollzug des § 49 des Verordnungsgegesetzes betr. Einparung jeder 3. etatsmäßigen Stelle entgegen.

Innenminister Wittenmann gab eine Darstellung über den Zustand der Dampfesselanlagen an der Heil- und Pflanzanstalt in Emmendingen. Eine Einzelanbahnung sei dort nicht möglich, und ein Zuwarten über die jetzige Budgetperiode hinaus nach Ansicht der Sachverständigen gefährlich. Der Voranschlag sei sehr sparsam aufgestellt. — Ein Antrag auf Abtrieb von 50 000 M. für die gegenwärtige Budgetperiode wurde einstimmig angenommen.

Eine längere Erörterung erregte sich über die Einzugsart der Anwaltsgebühren usw. Dabei wurden von verschiedenen Seiten Klagen eingebracht, aber auch die Schwierigkeiten der Anwaltskassen bei der Beitragsbeitreibung besprochen.

Die Nationalsozialisten brachten von neuem ihren Antrag betr. die Zustände am Schlachtfeld ein. Der Finanzminister gab Auskunft über die Verhandlungen mit dem Zementwerk Keimen. Dieses habe zwar ein Angebot in Aussicht gestellt, das aber noch nicht eingegangen sei. Ein Schreiben des Werks an die Regierung erkläre die Angelegenheit für erledigt und damit dürfe sie auch allgemein erledigt sein. Der Ausschußrat des Schlachtfeldes halte es für seine Pflicht, die deutsche Industrie zu unterstützen. Die Abstimmung über den Antrag wurde zurückgestellt.

Kommunistische Propaganda

Film und Bühne haben in der kommunistischen Propaganda in Sowjetrußland von jeher eine große Rolle gespielt. Auch die deutschen Kommunisten ahmen in wachsendem Maße das russische Beispiel nach und auch die KPD in Baden bedient sich in neuerer Zeit wandernder Theatergruppen, um ihre Propaganda wirkungsvoller zu machen und namentlich politisch unorganisierte für sich zu gewinnen. Man erinnert sich, daß schon im Jahre 1927 ein Schauspielertabarett aus Moskau unter dem Namen „Blau Blusen“ in Mannheim und Karlsruhe aufgetreten ist. 1928 spielte die Propagandatruppe des Rotfrontkämpferbundes Berlin unter dem Namen „Die roten Raketen“ in Pforzheim, Konstanz, Karlsruhe, Lörrach und Mannheim. Im vorigen Jahre hat die „Rote Wanderbühne“ unter der Leitung des Schriftstellers Grünert in verschiedenen badischen Städten Vorstellungen gegeben. In der Zeit vom 22. bis 30. März ist in Baden die Theatergruppe „Kolonie links“ des Arbeiterportvereins Fichte in Berlin in Baden in den Städten Bruchsal, Mannheim, Karlsruhe, Durlach und Singen a. S. aufgetreten. Dargestellt wurden in diesen Veranstaltungen lebende Bilder mit entsprechenden Versen, so u. a. auch eine Verhöhnung des Reichstages als „Affentheater“. Ein anderes Bild zeichnete den Unterschied zwischen proletarischen und bürgerlichen Filmen. Während der Vorstellungen wurde eine intensive Werbetätigkeit für die „Rote Fahne“ und die sogenannte „Oppositionelle Arbeiterportbewegung“ entfaltet. Ob diese Art der Werbetätigkeit den Kommunisten den gewünschten Zulauf bringt, kann ohne weiteres nicht festgestellt werden. Immerhin verdient sie Beachtung.

Der übliche Schwindel der Arbeiterzeitung

Die „Arbeiterzeitung“ vom 31. März, Nr. 76, hat über den Verlauf des „Noten Tags“ in Eberbach berichtet, u. a. behauptet, daß Uniformierte des „Noten Frontkämpferbundes“ an der Demonstration teilgenommen hätten. In dieser Behauptung ist kein wahres Wort. Die Arbeiterzeitung will mit einem solchen Schwindel nur den Anschein erwecken, als würden sich die Notfrontkämpfer um das Verbot nicht kümmern, während in Wirklichkeit keiner dieser starken Männer es wagt, in der verbotenen Uniform aufzutreten.

Die badischen Schweinebestände am 1. März 1930

Auf Veranlassung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft ist auch am 1. März im ganzen Reich wieder eine Zwischenzählung der Schweinebestände vorgenommen worden. Es ist das die vierte der vierteljährlich stattfindenden Erhebungen dieser Art, die den Zweck verfolgen, Einfluß auf die Entwicklung der Schweinebestände und dementsprechend auf den Absatz von Schlachtvieh und Fleisch zu bekommen. Die Schweinehaltung in Baden zeigt nach Angaben des statistischen Landesamts im letzten Vierteljahr folgende Entwicklung:

Gegenüber der Dezemberzählung haben sich die Schweinebestände etwas verringert; der Rückgang beträgt 22 062 Stück, so daß heute im ganzen noch 439 240 Schweine ermittelt werden konnten. Die Abnahme betrifft nur die Mastschweine, deren Zahl von 136 771 auf 77 789, also auf nahezu die Hälfte, gesunken ist. Demgegenüber zeigen alle anderen Gattungen, insbesondere aber die Ferkel und Läufer, eine wesentliche Zunahme. Die Zahl der Ferkel (unter acht Wochen alte Tiere) z. B. hat sich um rund ein Viertel vermehrt und beträgt jetzt 102 264 Stück; Läufer (½ bis noch nicht 1 Jahr alte Tiere) waren am 1. März 214 921 vorhanden, gegenüber 203 818 am 2. Dezember 1929. Der Bestand an Zuchtweibern und Zuchtschweinen hat sich ebenfalls um ein Geringes vermehrt.

Im allgemeinen ist die Entwicklung vom Dezember zum März umgekehrt verlaufen, wie vom September zum Dezember vorigen Jahres. Während seinerzeit die Mastschweinebestände stark zugenommen, aber die Zuchtbestände etwas abgenommen haben, zeigt sich diesmal eine erhebliche Verringerung der Mastschweinebestände u. ein geringes Anwachsen der Zuchtbestände. Diese Entwicklung hängt wohl in erster Linie mit der Jahreszeit zusammen. Die vielen Hausfluchtungen im Winter sind eine regelmäßig wiederkehrende Erscheinung; dagegen wird die Vermehrung der Zuchtweibchen wohl eine Auswirkung der Schweinepreise in den vergangenen Monaten sein. Das Bestreben, die Zuchtbestände zu vermindern, zeigt sich ungefähr gleichmäßig in allen Bezirken; es hält sich allerdings in mäßigen Grenzen.

Die Entwicklung der badischen Schweinebestände ist für die Preisbildung nicht ausschlaggebend. Das hauptsächlichste, den Markt beeinflussende Gebiet, ist Nordwestdeutschland, woher ja auch immer noch sehr viele Schweine nach Baden eingeführt werden.

Aus der Landeshauptstadt

Todesfall. Auf einer Besuchsreise in Duisburg ist der Besitzer der Karlsruher „Reisend-Lichtspiele“, Otto A. Kasper, am Dienstag von einem Herzschlag betroffen worden, der nach wenigen Stunden den Tod herbeiführte. Otto A. Kasper war eine der führenden Persönlichkeiten der badischen Lichtspieltheater und der Gründer der Organisation der Lichtspieltheaterbesitzer. Er war viel Jahre hindurch Vorsitzender des Vereins der Lichtspieltheaterbesitzer Badens und der Pfalz und wurde vor einigen Jahren in Anerkennung seiner Verdienste zum Ehrenvorsitzenden ernannt. Otto A. Kasper hat ein Alter von 65 Jahren erreicht.

Auf der Albtalstraße tödlich verunglückt. Am Dienstag gegen Mittag wurde der Inhaber des Autohauses Karl Eberhardt in Karlsruhe auf der Landstraße bei Fischweier von einem Lastauto überfahren und getötet. Er befand sich mit einem neuen „Wanderer“ auf einer Probefahrt. Der Getötete steht anfangs der 50er Jahre. Eberhardt war ein hervorragendes Mitglied des Badischen Autoclubs und des Karlsruher Automobilsports.

Karlsruhe als Kongreßstadt. Auch für das Jahr 1931 sind für die badische Landeshauptstadt bereits einige bedeutende Kongresse und Tagungen gesichert. Unter diesen darf die neuerdings angemeldete Tagung des Internationalen Verbandes der Köche, Sitz Frankfurt a. M., besonders hervorzuheben werden, die bei der letzten Tagung in Frankfurt endgültig für Karlsruhe gewonnen wurde.

Rheinfahrten ab Karlsruhe. Die Köln-Düsseldorfer Rheindampfschiffahrt nimmt am 29. Mai d. J. den fahrplanmäßigen Personenverkehr ab Karlsruhe-Rheinhöfen wieder auf mit gewissen Erweiterungen.

Befestigtes Todesurteil. Das Reichsgericht hat durch Verwerfung der Revision das Todesurteil des Schwurgerichts Karlsruhe vom 9. Januar d. J. gegen den 25jährigen Küfer Karl Bindel, der am Silvesterabend seine Geliebte ins Wasser gestoßen und ertränkt hatte, bestätigt.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe. Das heitere und trockene Wetter hat unter dem Einfluß des europäischen Hochdruckgebietes bei uns angehalten. Ein im Westen erscheinender Randwirbel eines bei Island liegenden Tiefs wird voransichtlich nur vorübergehend Wetterausnahmen, aber keine Niederschläge bringen. Wetterausnahmen: Vorübergehend leichte Bewölkung, sonst keine wesentliche Änderung.

Handel und Wirtschaft Berliner Devisennotierungen

	9. April		8. April	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.10	168.44	168.09	168.43
Kopenhagen 100 Kr.	112.07	112.29	112.08	112.30
Italien . . . 100 L.	21.94	21.98	21.935	21.975
London . . . 1 Pf.	20.358	20.398	20.355	20.395
New York . . . 1 D.	4.1855	4.1935	4.185	4.193
Paris . . . 100 Fr.	16.375	16.425	16.38	16.42
Schweiz . . . 100 Fr.	51.105	51.265	51.10	51.26
Wien 100 Schilling	58.975	59.095	58.975	59.095
Prag . . . 100 Kr.	12.393	12.414	12.395	12.416

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 7. April haben sich in der verfloffenen Woche die Bestände an Gold und dekungsfähigen Devisen um 12,2 Millionen auf 2894,7 Millionen Reichsmark erhöht. Die Deckung der Noten durch Gold allein erhöhte sich von 51,9 Proz. in der Vorwoche auf 55,7 Proz., diejenige durch Gold und dekungsfähige Devisen von 60 Proz. auf 63,4 Proz.

E. Büchle Inhaber: W. Bertsch
Kaiserstraße 132
Spezialhaus für

Bilder u. Einrahmungen Gute Ausführung bei
billigster Berechnung
Große Auswahl!

Die Schweiz im Jahre 1929.

Obwohl die Tätigkeit in der schweizerischen Industrie während des zweiten Semesters eine gewisse Verlangsamung aufwies, ist man sich doch darin einig, daß das Jahr 1929 in seinen großen Zügen die im Vorjahr in der Schweiz erzielten Ergebnisse zu halten und zu festigen wußte. Die außerordentlich gesunde Finanzlage des Landes veranlaßte nicht zum geringsten Teil die Wahl Basels als Sitz der Internationalen Zahlungsbank.

Das Gesamtvolumen des Außenhandels hielt sich in den Grenzen des Vorjahres. Die Einfuhr zahlreicher Produkte, insbesondere der von der Industrie benötigten, verzeichnete eine Zunahme, wie zum Beispiel die Kohleneinfuhr, die von 127 auf 151 Millionen Franken stieg, die Benzineinfuhr mit einer Zunahme von 30 auf 38 Millionen und die Einfuhr von Automobilen mit 71 Millionen Schweizer Franken.

Trotz einer starken Einwanderung von ausländischen Saisonarbeitern zeigte der Arbeitsmarkt das ganze Jahr über ein günstiges Bild. Während des letzten Quartals 1929 meldeten 80 Prozent der industriellen Betriebe mit 86 Prozent der Gesamtarbeiterzahl einen befriedigenden Geschäftsgang. Unter den Exportindustrien erzielten insbesondere die metallurgische und die Maschinenindustrie günstige Ergebnisse, indem ihre Ausfuhr auf über 350 Millionen Schweizer Franken stieg. Auch die Textilindustrie sowie die Hauptzweige der chemischen und der Nahrungsmittelindustrie haben ein gutes Jahr hinter sich. Demgegenüber litt die Textilindustrie unter weniger günstigen Bedingungen.

Die Tätigkeit im Baugewerbe ist nach wie vor eine sehr intensive. In den 25 größeren Städten wurden 8700 Wohnungen erstellt, d. h. 10 Prozent mehr als im Vorjahr. Voran stehen die Städte Zürich, Basel, Genf, Bern, Lausanne, Winterthur und Biel.

Die Landwirtschaft bleibt auch in einem Industrieland wie die Schweiz die Grundlage der Volkswirtschaft; ihr Bruttoertrag weist eine leichte Steigerung auf und wird für 1929 auf 1 1/2 Milliarden Schweizer Franken geschätzt.

Auch die Verkehrsziffern spiegeln ein günstiges Bild der allgemeinen Lage wieder. Der Betriebsüberschuss der Eisenbahnen erreichte über 156 Mill. Franken und sowohl die Zahl der Reisenden als auch die beförderte Warenmenge nahmen deutlich zu. Die Anzahl der Telefongespräche auf dem schweizerischen Netz erreichte während derselben Zeit 190 Millionen, d. h. 10 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Telefonverwaltung verfolgt systematisch ihr Programm des Ausbaues des automatischen Verkehrs. Endlich betrug der Überschuss der Postverwaltung die bis dahin noch nie erreichte Ziffer von 19 Millionen Franken, und auch der Postdienstverkehr stellt mit 27 Milliarden Franken einen Rekord auf.

Die Allg. Gold- und Silberdebeaufschlagung Pforzheim schließt das Geschäftsjahr mit 122 105 RM Gewinn ab, woraus wieder 9 Proz. Dividende verteilt werden sollen. Nach dem Geschäftsbericht wurden die Gewinnmöglichkeiten trotz guter Beschäftigung im Verhältnis wieder geringer, angesichts der starken steuerlichen Belastung und der höheren Löhne. Der starke Rückgang des Silberpreises habe die Gesellschaft veranlaßt, die schon bisher geübte weitgehende Vorsicht in gleichem, teils sogar noch verstärktem Maße walten zu lassen.

Landesbank für Haus- und Grundbesitz, Karlsruhe. In der Generalversammlung erstattete Direktor Duschmale den (bereits veröffentlichten) Geschäftsbericht. Er führte dabei aus, daß die Bank im abgelaufenen Geschäftsjahr trotz der schweren wirtschaftlichen Depression und der sonstigen allgemein mißlichen Verhältnisse ein sehr gutes Ergebnis gezeitigt habe. Auch die Spareinlagen hätten erheblich zugenommen.

Gemeinderundschau

Bürgermeisterwahl. In Wildtal (bei Freiburg) wurde der bisherige Bürgermeister Friedrich Thoma mit 169 Stimmen wiedergewählt.

Die Mannheimer Städtische Sparkasse 1930. Im Jahre 1929 betragen die Einlagen in der Spar- und Scheckabteilung 112 121 152 RM gegen 91 454 001 RM im Vorjahre, die Rückzahlungen 105 442 222 RM gegen 81 115 560 RM, so daß ein Überschuss der Einlagen von 6 678 930 RM (10 338 441 RM) verbleibt.

Vom Realgymnasium Buchen. Von Bürgermeister Dr. Schmitt, der zur Zeit in Karlsruhe weilt, ist in Buchen die erfreuliche Nachricht eingegangen, daß die beiden unteren Klassen des Realgymnasiums Buchen erhalten bleiben.

Die Bezirksvereinigung Raftatt des Verbandes Badischer Gemeinden fand sich am Samstag, den 5. April 1930, zu einer Tagung in Oberweier, Amt Raftatt, zusammen, gleichzeitig aus Anlaß des 25jährigen Berufsjubiläums des Herrn Bürgermeisters Strolz, Oberweier. In dieser Versammlung fand eine lebhaftige Aussprache statt, in der u. a. eine Änderung des badischen Steuerabteilungsgesetzes und des Straßengesetzes von der Regierung und vom Landtag gefordert wurde, die der Förderung der mittleren und kleineren Gemeinden Rechnung trägt. Gegen das Anbauverbot von Amerikanerweiden, welche gerade im Bezirk Raftatt zur Bereitung von Hausstrunk und nicht zum Handel und Verschnitt mit Gelwein dient, wurden lebhaftige Klagen laut und eine Milderung des Anbauverbotes gewünscht. Nach dem vom Syndikus des Bad. Wasser- und Energievertragsverbandes, Dr. Schneider, Mannheim, gehaltenen Referat über Elektrizitätsversorgung, mit anschließender Diskussion, wurden die hohen Strompreise des Badenwerks beanstandet.

Der Bürgerausschuß Baden-Baden wird sich in seiner heute, Mittwoch, stattfindenden Sitzung mit dem Voranschlag befassen. Dabei soll auch die Entscheidung in der Theaterfrage fallen. Der Stadtrat beantragt außerdem die Erhöhung der Surlasten.

Eingemeindung nach Södingen. Von sozialistischer Seite wird gegenwärtig die Eingemeindung von Oberfödingen mit Södingen lebhaft gefordert. Die beiden Gemeinden sind eng aneinandergelagert. Oberfödingen ist von der Södingen Gemeindeführung fast ganz umschlossen.

Kurze Nachrichten aus Baden

Id. Heidelberg, 8. April. Anlässlich einer Pressefahrt in die Pfalz, an der auch Vertreter der städtischen und staatlichen Behörden von Heidelberg teilnahmen, wurde in Neustadt von dem Vorsitzenden des Verkehrsvereins die Abhaltung einer Befreiungsfeier im Heidelberger Schloßhof für die Städte Heidelberg und Neustadt angeregt. Er betonte die mannigfaltige Verbundenheit der Pfalz mit der Pfalz, die eine alte geschichtliche Tradition habe. Sein Vorschlag fand lebhaften Anklang und wurde mit starkem Beifall aufgenommen.

Id. Ströngen (Amt Bruchsal), 8. April. Der landwirtschaftliche Konsumverein hat sich nun endgültig mit den Verlusten durch seinen früheren Rechner abgefunden. In einer zweiten, stürmischen Versammlung, erklärten sich die mehr als 200 Mitglieder mit der Zahlung von 30 RM pro Mitglied einverstanden, den Rest haben die Vorstandsmitglieder zu tragen. Der Verein löst sich auf und schließt sich dem Einheitsverband an.

Id. Oberweier (A. Raftatt), 8. April. Bürgermeister Strolz konnte dieser Tage das silberne Jubiläum als Vorsteher unserer Gemeinde feiern. Am Morgen fanden sich die Bürgermeister des Bezirks zur Gratulation ein. Am Abend versammelten sich die ganze Gemeinde vor dem Hause des Bürgermeisters, um ihm ihre Grüße und Glückwünsche zum Jubiläum darzubringen.

Id. Wildgutach, 9. April. Am Dienstag wurde Altdönnwirt Wilhelm Wangler 90 Jahre alt. 43 Jahre lang hatte er die Wirtschaft. Seit 23 Jahren sitzt er auf dem Leihgeding. Viele Jahre war er als Gemeinderat tätig. Wangler ist Großvater von 33 lebenden Enkelkindern (15 sind gestorben) und Urgroßvater von 8 lebenden Urenkeln (5 sind gestorben).

Id. Pforzheim, 8. April. Nach Unterzeichnung von 5000 Reichsmark ist der beim hiesigen Zollamt beschäftigte Unterbeamte Schmelting flüchtig gegangen. Er hat über seine Verhältnisse gelehrt.

Staatsanzeiger

Sammlung.

Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 15. Februar 1917 über Wohnfahrtpflege und der badischen Vollzugsverordnung hierzu vom 24. Februar 1917 wird der Verwaltung des Diakonissenhauses Nonnenweier, Mutterhaus für Kinderpflege und Gemeindediakonie in Nonnenweier bei Lahr die Erlaubnis erteilt, im Lande Baden zugunsten des Neubaus eines Altersheimes für alte und arbeitsunfähige Schwestern bei den Freunden der Anstalt und ihren nahestehenden Kreisen eine Hausammlung zu veranstalten. Diese Erlaubnis gilt bis zum 31. Dezember 1930.

Karlsruhe, den 7. April 1930.
Der Minister des Innern:
J. A.: Dr. A. Jung.

Lotterie.

Dem Münsterbauverein Überlingen wurde die Erlaubnis zur Veranstaltung einer Geldlotterie erteilt.
Karlsruhe, den 5. April 1930.
Der Minister des Innern:
J. A.: Schwarz.

Erste juristische Prüfung im Frühjahr 1930.

Auf Grund der im Frühjahr 1930 abgelegten ersten juristischen Prüfung sind folgende Rechtskandidaten zu Referendaren ernannt worden:

- Bauer Walter aus Strahburg, Bezler Heinrich aus Heidelberg, Vogt Herbert aus Bühl, Vossler August aus Durlach, Breitbach Walter aus Pforzheim, Bürger Herbert aus Pforzheim, Galmbach Ernst aus Muggensturm, Dinter Franz aus Lahr, Duffing Wolf aus Leipzig, Erhardt Walter aus Odumase, Gschwein Arnold aus Erfingen, Gwald Eugen aus Mannheim, Hum Paul aus Schwörzingen, Jöhrenbach Walter aus Baden-Baden, Frey Erich aus Mannheim, Fritz Verloof aus Jurtwangen, Genu Theodor aus Mannheim, Geyer Karl aus Heidelberg, Ganz Robert aus Offenburg, Kern Konrad aus Dieringen, Kürz Hans aus Worms, Lorenz Hans Guido aus Bruchsal, Mattner Friedrich aus Mannheim, Meißner Erich aus Mannheim, Meyer Erich aus Strahburg i. E., Dr. Rappenecker Otto aus Freiburg, Raubenbusch Heinrich aus Mannheim, Rißel Franz Josef aus Brantenthal, Rübke Hans aus Karlsruhe, Dr. Schab Ludwig aus Neunkirchen, Scherenberg Max aus Dresden, Schirmer Rudolf aus Hohentengen, Schultheiß Walter aus Karlsruhe, Schwarz Susanne aus Jagelheim, Seith Herbert aus Karlsruhe, Seith Bruno aus Heidelberg, Spach Walter aus Achern, Stöffer Martin aus Pforzheim, Ullmann Paul aus Nehl, Unmuth Eugen aus Lörrach, Wähler Otto aus Duisburg, Welker Heinrich aus Offenburg, von Wisleben Job-Wilhelm aus Karlsruhe, Zimmermann Vincenz aus Königheim, Zippe Gottfried aus Stetten.

Karlsruhe, den 4. April 1930.
Der Justizminister:
Dr. Kemmle.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurruhestellungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Zur Ruhe gesetzt:

Kriminaloberinspektor Christian Rüber, beim Bezirksamt - Polizeidirektion - Pforzheim.

Die tragbare elektrische SINGER

Das schönste

Oster-Geschenk



Auch in monatlichen Raten von 10 RM. Gegen bar nur 260 RM. und 275 RM.

UNVERBINDLICHE KOSTENLOSE VORFÜHRUNG IM EIGENEN HAUSE • SINGER NÄHMASCHINEN AKTIENGESELLSCHAFT
Kaiserstraße 205 KARLSRUHE Werderplatz 42

Staats-Lotterie!

Keine Preiserhöhung

Ziehung der I. Klasse der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie am 25. und 26. April 1930

Preis	1/8	1/4	1/2	1	Los
	3	6	12	24	RM.

SONNER Losspezialgeschäft
Kaiser-Allee 5 • Fernruf 4965

G. Dischinger

Reisetaschen
Reißverschlusstaschen
Beuteltaschen
Lederkoffer
Schulranzen
Schülermappen
Aktmappen
Musikmappen

Größte Auswahl • Billigste Preise

Spezialgeschäft für Reiseartikel und Lederwaren
vorm. B. Klotter

KARLSRUHE, Kaiserstr. 105
zwischen Adler- und Kronenstr. / Telefon Nr. 2618

Möbel

Speisezimmer
Herrenzimmer
Schlafzimmer
Küchen
einzelne Möbelstücke

in bekannt großer Auswahl im Möbelhaus

Maier Weinheimer

Karlsruhe Zahlungsvereinerung, Kronenstr. 32
Kein Laden, daher billigste Preise 279

Als Geschenk zum Osterfeste ist ein

Junker & Ruh-Gasherd
wohl das Beste.

KARL HAUG
Karlsruhe

Bekanntmachung

Eis- und Stühlanlage Karlsruhe G. m. b. H. in Karlsruhe.

Durch Gesellschafterbeschluss vom 8. 3. 1930, wurde die Gesellschaft aufgelöst. Zum Liquidator ist der Kaufmann Adolf Verberich, Georgstr. 37, Hannover, bestellt. Die Gläubiger der Gesellschaft werden aufgefordert, sich dorthin zu melden.

Stadt Pforzheim

8 1/2%ige Goldanleihe vom Jahre 1926
6%ige Goldanleihe vom Jahre 1927

Die nach den Tilgungsplänen für diese beiden Anleihen auf 1. November 1930 zur Rückzahlung gelangenden Schuldverschreibungen im Nennwert von 88 200 RM. und 101 200 RM. sind von der Stadt Pforzheim freiwillig erworben worden. Es findet daher für diese Anleihen in diesem Jahre keine Auslosung statt.

Pforzheim, den 8. April 1930.

Badisches Landestheater

Donnerstag, 10. April 1930

Vollsbühne 2
Aprilvorstellung

Die Affäre Dreyfus

Schauspiel von Heffrich und Herzog
Regie: Dr. Waag

Mitwirkende:
Bertram, Ermarth, Genter, Schreiner, Janz, Brand, Dahlen, Gemmede, Graf, J. Gröbinger, Herz, Hierl, Höder, Jospach, Jusi, O. Kienischer, Klobbe, Kuhne, Landgrebe, Müller, Prüter, Schulze, v. d. Trend, Grimm, G. Kienischer, Lindemann, Luther, Rivinius, Seibert.

Anfang 19 1/2, Ende n. 22 1/2
Preise A (0,70-5 RM.)

Der IV. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigegeben.

Freitag, 11. April:
Die Affäre Dreyfus.
Sa., 12. April: **Trojaner.**
So., 13. April: Zum erstenmal: **Angelina.** Im Kon-

COLOSSEUM

Heute 8 Uhr

Der große Lachsleger

„Der doppelte Erich“

von
Rudolf Schmitthöner und Fred Himmighöfen

PORPHYRWERK DOSENHEIM

HANS VATER
DOSENHEIM A. S. BRUNNEN

LIEFERT AUS SCHLOSS- u. HECKENMARKBRUCH ERSTKLASSIGES

STRASSENBAU-MATERIAL